

**Baden-Württembergs GRÜNE Ministerin Theresia Bauer will „Freiräume schaffen“**

# Freiräume sehen anders aus

Von Dietrich Schulze

Am 30. Januar sprach die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg auf Einladung der GRÜNEN zum Thema „Wissenschaft und Kunst im Fokus“. Die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) berichteten darüber im Kulturteil der Zeitung unter der Schlagzeile »„Freiräume schaffen“ Ministerin Bauer im PMP«.

Um es vorweg zu sagen, der Auftritt der amtierenden Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg in Karlsruhe war nicht der große Aufreger. Mitsamt der Kulturprominenz und den GRÜNEN PflichtteilnehmerInnen hatten gerade mal drei Dutzend Personen den Weg in das Prinz-Max-Palais (PMP) gefunden, obwohl in der Stadt und der Uni kräftig plakatiert worden war (Foto).

Keine besondere Motivation für weitere Schreibe. Der BNN-Bericht der Autorin Sybille Orgeldinger lässt allerdings jegliches Gefühl dafür vermissen, der Öffentlichkeit die kontroverse Debatte in der Versammlung über die Zivilklausel („Verzicht auf Forschung und Lehre für militärische Zwecke an Hochschulen.“) zu vermitteln. Es wurden lediglich die Grün-Roten Regierungen im sattsam bekannten Duktus der Ministerin wiedergegeben.

Hier ein Auszug aus dem BNN-Bericht: »„Wissenschaft und Kunst haben einen Eigensinn“, erklärte Bauer. Grüne Politik setze darauf, Freiräume zu schaffen, zu schützen und zu vergrößern. So werde das neue Landeshochschulgesetz die Hochschulen ermächtigen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Ziele seien mehr Entscheidungsstärke und eine klare Rollenverteilung zwischen Rektorat, Hochschulrat und Senat, eine bessere Zusammenarbeit der Gremien und mehr Transparenz. Allerdings müssten auch Transparenzregeln die Freiheit der Forschung beachten. Zur Debatte über die Einführung einer Zivilklausel sagte die Ministerin, eine Zweckbindung der Wissenschaft gehöre nicht ins Gesetz. „Ob etwas ethisch vertretbar ist oder nicht, ist im einzelnen Fall konkret politisch zu diskutieren.“ Von vornherein zwischen „zivilen“ und „militärischen“ Inhalten zu unterscheiden, sei kaum möglich, erläuterte Bauer. Bestes Beispiel sei das Internet, das aus einem militärischen Konzept entwickelt wurde.«

Abgestandene Floskeln, längst widerlegte Verfassungsinterpretationen, verdrehter Freiheitsbegriff und verplauderte Allgemeinplätze.

Kein Wort der BNN-Autorin über die aus dem Publikum vorgetragenen qualifizierten Meinungen.

Tatsächlich hatte in der Diskussion der Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg, Niklas Horstmann, unter Verweis auf ein am Karlsruher Institut für Technologie KIT noch laufendes Forschungsprojekt mit Finanzierung durch die US-Marine die Forderung nach einer einheitlichen KIT-Zivilklausel erneuert.



Theresia Bauer - grüne Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die sich offenbar nicht an ihre Wahlversprechen erinnert, dafür aber von KIT-Präsident Horst Hippler empfangen wird (Herbst 2011). Quelle: Badische Neueste Nachrichten (BNN), Foto: Breig



Foto: Dietrich Schulze

Selbst der Kompromissvorschlag, im Gesetzentwurf zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes die „Vertrauenskommission“ an der Entscheidung über die Annahme von Drittmitteln zu beteiligen und damit ein Stück weit echte Transparenz zu schaffen, wurde von der Ministerin mit Verweis auf den völlig unzureichenden Novellierungsentwurf abgebügelt. Damit weist sie den Gedanken grundsätzlich zurück, dass fragwürdige Drittmittelprojekte bereits vor der Annahme aufgedeckt werden könnten.

Hinzu komme, so Horstmann weiter, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler häufig gar nicht wissen, im Rahmen welches Drittmittelprojektes sie angestellt sind und arbeiten. Daher müsse es einen Prozess geben, ethisch fragwürdige Projekte auch nach der Annahme identifizieren und diese nach einer Debatte ggf. vorzeitig beenden zu können. Auch dieses Argument ließ die Ministerin nicht gelten mit dem Verweis darauf, dass die Wissenschaft zweckfrei sei.

Von weiteren Zuhörern wurde die Enttäuschung von Grünen-Wählern geäußert, dass die in Oppositionszeiten verlangte Zivilklausel nunmehr in Regierungsverantwortung weggeschoben werde.

Die oben geschilderte Transparenz-Forderung hielt die Ministerin für hochsensibles Neuland. Damit würden Wettbewerbsfragen berührt und außerdem sei Forschung für die Bundeswehr als Verfassungsorgan zulässig. Dann könne man doch nachvollziehen, dass Geheimhaltung nötig sei. Dem wurde aus dem Publikum entgegen gehalten, dass Forschung, die der Geheimhaltung bedarf, an entsprechender anderer Stelle in der Wirtschaft oder in Rüstungsforschungs-Institutionen stattfinden solle, aber nicht an öffentlich geförderten Hochschulen!

Zum besseren Verständnis für Theresia Bauers friedenspolitische Kehrtwende nach Übernahme des Regierungspostens nachfolgend einige relevante Publikationen des Autors in der Neuen Rheinische Zeitung der letzten zwei Jahre:

1.	30.10.2013	Zivilklausel als Störfaktor bei der Neuvermessung deutscher Weltpolitik <a href="#">NEIN zu olivgrüner Wissenschaft</a>
2.	19.12.2012	Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg <a href="#">Olivgrün gewendeter Landespatriarch</a>
3.	16.05.2012	Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt <a href="#">Die Ministerin und die 1980er Jahre</a>
4.	04.04.2012	Appell an die GRÜNEN und die SPD im Landtag Baden-Württemberg: <a href="#">"Wahlversprechen zur Zivilklausel einhalten!"</a>
5.	04.01.2012	Zivilklausel, KIT und die Hochschulen von Baden-Württemberg <a href="#">Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot</a>
6.	28.12.2011	Ministerin Bauer (Grüne) lud KIT Karlsruhe-Mitarbeiter ins Audimax <a href="#">Distanzierung von Wahlversprechen</a>
7.	14.12.2011	Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage <a href="#">Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT</a>
8.	25.11.2011	Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe <a href="#">Winfried, der Wahlbetrüger</a>
9.	09.11.2011	Ischinger-Bauer-Connection: Hochschulen für das Militär verpflichten <a href="#">Bundeswehr-Klausel statt Zivilklausel</a>
10.	01.10.2011	Grüne BW-Ministerin Bauer bleibt Einlösung von Wahlversprechen schuldig <a href="#">Zivilklausel ins KIT-und Hochschulgesetz!</a>
11.	31.08.2011	Grün-Rot-Regierung in BaWü soll ihre Wahlversprechen einlösen: <a href="#">Friedenspolitische Kurskorrektur in den Hochschulen!</a>
12.	30.03.2011	AUS für CDU-Herrschaft -BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT <a href="#">Zweimal Wende eingeleitet</a>